



Samstag
16. Januar 2016

124. Jahrgang Nr. 12
Fr. 4.50, Ausland: € 4.10 / AZ 8021 Zürich

Wochenende
Noch nie war
in Polen die Kluft
so tief wie heute.
41, 42

Janis Joplin
Der erste weibliche
Rockstar schreit nun
von der Leinwand.
45



Lauberhorn
Kombination: Potpourri der Gefühle. 39
Wer, wenn nicht Aksel Svindal? 40
Abfahrt in Wengen, Liveticker ab 12.30 Uhr.
tagesanzeiger.ch

Rechtsprofessor: Gerichte sollen Durchsetzungsinitiative ignorieren

Für Völkerrechtsexperte Daniel Thürer ist das SVP-Volksbegehren schlicht nicht anwendbar.

Anja Burri, David Hesse
und Philipp Loser

Die SVP will mit ihrer Durchsetzungsinitiative straffällige Ausländer automatisch ausschaffen. Aus der Sicht des emeritierten Völkerrechtsprofessors Daniel Thürer müsste das Volksbegehren allerdings selbst nach einer Annahme durch das Stimmvolk toter Buchstabe bleiben: «Trotzdem sollte jeder Richter meiner Meinung nach bereits in erster Instanz sagen: Einen Artikel, der mir jede Beurteilung des Einzelfalls versagt, den kann ich nicht anwenden», sagt Thürer, der einer der renommiertesten Rechtsgelehrten im Land ist. Die SVP habe kein Monopol darauf, wie die Bundesverfassung ausgelegt werden müsse. Konkret heisst das: Ein Richter, der einen Landesverweis ausspricht, hätte sich nicht nur an die Bestimmungen der

Durchsetzungsinitiative

Thürer: «Es gibt nichts Vergleichbares auf dieser Welt.» – Seite 3

Blocher entwirft Schreckensszenario einer «Diktatur in der Schweiz». – Seite 25

Strafverteidiger Lorenz Erni im Interview. – Das Magazin

Durchsetzungsinitiative zu halten, sondern auch an andere in der Verfassung verankerte Prinzipien wie die Verhältnismässigkeit, das Willkürverbot oder die Gewaltenteilung. Diese Grundsätze stünden in diametralem Widerspruch zu dem von der SVP angestrebten Ausschaffungsautomatismus, sagt Thürer.

Von einem «grossen Dilemma» für die Richter spricht der emeritierte Zürcher Staatsrechtsprofessor Tobias Jaag. Die Durchsetzungsinitiative wolle den Richtern die Ausübung ihrer eigentlichen Aufgabe, jeden Fall unter Berücksichtigung der gesamten Umstände zu entscheiden, verunmöglichen. Aber letztlich könne das keine noch so radikale Volksinitiative, sagt der Berner Staatsrechtsprofessor Markus Müller. Das Verhältnismässigkeitsprinzip – eine Kernmaxime des Rechtsstaats – lasse sich nicht so einfach aus den Angeln heben. Komme die SVP-Initiative durch, würde der Spielraum der Richter aber massiv eingeeengt. «Die Latte, ab wann ein Landesverweis unver-



hältnismässig wäre, läge deutlich höher», sagt er. Für den St. Galler Staatsrechtsprofessor Bernhard Ehrenzeller ist klar: Ein kantonales Gericht sollte solch grundlegende Fragen der Verfassungsauslegung nicht lösen. Das sei eine typische Aufgabe für das Bundesgericht.

Rechtsprofessor und SVP-Nationalrat Hans-Ueli Vogt kann die Einwände nicht nachvollziehen: «Unsere Rechtsordnung enthält viele Vorschriften, die für ein bestimmtes Verhalten einen Sanktionsrahmen festlegen, an den der Richter sich halten muss.» Die Initiative tue ge-

nau dies, indem sie für bestimmte Delikte einen Landesverweis vorschreibe.

Die Experten wagen keine Prognose, wie sich die Gerichte in diesem Dilemma verhalten werden. «Es ist unmöglich vorherzusehen, wie die einzelnen Richter und Staatsanwälte den Konflikt zwischen dem Initiativtext und den bestehenden Grundrechten auflösen werden», sagt auch Anwalt Lorenz Erni im Interview mit dem «Magazin». Er warnt vor einer Mehrbelastung der Gerichte. Selbst ein ausländischer Straftäter, der grundsätzlich bereit wäre, seine Strafe zu akzeptie-

ren, würde praktisch dazu gezwungen, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um der Landesverweisung zu entgehen.

Die Durchsetzungsinitiative war auch das bestimmende Thema an der jährlichen Albisgüetli-Tagung der SVP Zürich von gestern Abend. Alt-Bundesrat Christoph Blocher sieht die Schweiz auf dem Weg in eine Diktatur – und meint damit vor allem die Schweizer Richter, die sich zunehmend über den Volkswillen hinwegsetzen würden. «Wir müssen uns nicht nur vor den fremden, sondern auch vor den eigenen Richtern hüten.»

Der Druck auf die CS steigt

Der Konzernumbau des neuen Credit-Suisse-Chefs zeitigt noch keine Resultate.

Tidjane Thiam hält nächste Woche am WEF einen der begehrten «Co-Chairs». In dieser Rolle lenkt er zusammen mit ausgewählten Spitzenmanagern die Davoser Debatte über Digitalisierung und 4. Industrierevolution. Am Sitz seiner Credit Suisse in Zürich steigt derweil der Druck. Die Herabstufung der Kreditwürdigkeit durch die amerikanische Ratingagentur Moody's um eine Stufe unter das Ranking von Konkurrentin UBS fügte sich ins Bild einer Aufgabe beim Finanzmulti, die sich Thiam wohl einfacher vorgestellt hat.

Die CS-Aktie durchbrach diese Woche praktisch widerstandslos die 20-Franken-Marke und endete gestern bei noch 18.71 Franken, minus 9 Prozent seit Silvester und nur noch knapp über den 18 Franken Bezugspreis der Kapitalerhöhung von November. Vor allem in Asien, wo Thiam das grosse Wachstum für seine Bank sieht, stehen die Zeichen auf einen längeren Abschwung. Die CS hat dortigen Privatkunden grosszügig Kredite zum Anlegen und Spekulieren gewährt. Nun könnte es darauf zu Abschreibern kommen. Ebenso droht der CS eine nächste Milliardenbusse in den USA für Hypothekensicherungen. (lh) – Seite 9

Bund konfisziert Geld von Flüchtlingen

Bei ihrer Ankunft wird Flüchtlingen vom Bund Bargeld abgenommen. Diese Praxis beruht auf dem Prinzip, dass Asylsuchende ihre Sozialhilfe- und Unterkunftskosten mitfinanzieren. Im letzten Jahr mussten 112 Personen total 210 000 Franken abgeben. Nun wird die Schweiz von verschiedenen Seiten für diese Praxis kritisiert. Für das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) werden damit «die persönlichen Rechte eines Flüchtlings» tangiert. Auch die CVP-Politikerinnen Kathy Riklin und Barbara Schmid-Federer sind empört: «Diese Praxis ist ein Angriff auf die menschliche Würde von Flüchtlingen», sagt Schmid-Federer. Die Debatte um konfisziertes Geld von Flüchtlingen kam ins Rollen, weil Dänemark ebendies plant. (fen) Kommentar Seite 2, Bericht Seite 4

Service

Börse	10	Veranstaltungen	48
Leserbriefe	15	Fernsehprogramme	49
ALPHA	16	Rätsel	56
Todesanzeigen	32	Wetter	59
Gottesdienste	33		

Abo-Service 044 404 64 64

www.tagesanzeiger.ch/abo

Inserate Tel. Annahme: 044 248 41 41

(Mo–Fr 8–12 und 13–17 Uhr), www.adbox.ch,

inserate@tages-anzeiger.ch

Redaktion 044 248 44 11, Werdstrasse 21,

8004 Zürich, Postadresse: Postfach, 8021 Zürich

redaktion@tages-anzeiger.ch

Leserbriefe www.tagesanzeiger.ch/leserforum

Online www.tagesanzeiger.ch, news@newsnet.ch

Das Magazin



Zürcher Underground: Keller, 30 Quadratmeter, 1100 Franken.

Heute

Mit der Terrorangst leben gelernt

An jeder Strassenecke parken Carabinieri in Streifenwagen. So leben die jüdischen Bürger Roms, ständig bewacht von einem imposanten Schutzapparat. Im jüdischen Quartier der italienischen Hauptstadt haben sie gelernt, mit der Terrorangst zu leben. Am Sonntag besucht der Papst die Grosse Synagoge. – Seite 6

Ein Hirntoter und Verletzte nach Medikamententest in Frankreich

Nach Nebenwirkungen bei einem Medikamententest in Frankreich liegt ein Proband hirntot in einem Spital in Rennes. Insgesamt befinden sich nach der Einnahme des Wirkstoffs gegen Schmerzen sechs Menschen in Spitalpflege. Die Regierung sprach vom schlimmsten Unglück dieser Art in Frankreich. – Seite 24

Präsident der Winterthurer An'Nur-Moschee gibt sein Amt ab

Atef Sahnoun, der Präsident der An'Nur-Moschee, tritt Ende Januar von seinem Amt zurück. Mindestens fünf der jungen Leute, die aus Winterthur in den Jihad gezogen sind, verkehrten zeitweise in dieser Moschee. Zudem steht der Vorwurf im Raum, einer der Imame hetze gegen Ungläubige. – Seite 25

Stadtpolizei Zürich rückt wegen Fahrzeugeinbrüchen nicht aus

Auf Parkplätzen im Adlisbergwald sind regelmässig Autoknacker am Werk. «Meist im Dämmerlicht», wie die Geschäftsführerin eines Restaurants beobachtet hat. Zum Verlust von Wertsachen gesellt sich bei den Opfern auch noch Frust: Die Stadtpolizei rückt wegen Fahrzeugeinbrüchen nicht aus. – Seite 27

Kommentare & Analysen

«Der Grund für ihre Beharrlichkeit ist ihre Sorge um Europa.»

Dominique Eigenmann über Angela Merkel. – Seite 5

Der Kahlschlag bei Alstom hat nichts mit dem starken Franken zu tun. – Seite 12

Wer sich von Angst leiten lässt, bewahrt keine Stärken, sondern verwandelt sich. – Seite 13

